

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

40 (29.10.1947)

Süddeutsche Allgemeine

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2.30 (inkl. RM — 20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.60 zuzüglich Zustellgebühr)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Anzeigenpr.: Die 35 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Würtembergisches Abendblatt je RM 1.—; Gesamtausgabe RM 2.—. Amtl. Anzeigen 50% Nachlaß

1. Jahrgang / Nummer 40

Mittwoch, den 29. Oktober 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Unterhaus zur Demontage und Währungsreform

Außenminister Bevin rechtfertigt Deutschlandpolitik

London, 28. Okt. (Dena-Reuters). Der neue Demontageplan für die britisch-amerikanische Besatzungszone und die Währungsreform standen im Mittelpunkt der Deutschland-Debatte des britischen Unterhauses. Während die Ansichten der Sprecher über den Demontageplan geteilt waren, wurde die Notwendigkeit einer baldigen Währungsreform in Deutschland allgemein anerkannt. — Der ehemalige Minister für die besetzten Gebiete in Deutschland und Österreich, John Hynd, bezeichnete das neue festgelegte Industrienniveau, das auf einer Produktion von 11 1/4 Millionen Tonnen Stahl basiert, als ein Luftschloß; diese Produktion könnte nach der gegenwärtigen Demontageliste nicht erreicht werden. Auch der liberale Abgeordnete, Kenneth Roberts, sieht sich für eine nochmalige Überprüfung des Demontageprogramms ein, während der konservative Abgeordnete Ralph Olyn erklärte, den Deutschen müsse geholfen und ihre Freundschaft angestrebt werden. — Für eine konsequente Durchführung der Demontage sprach der Abgeordnete Alexander Anderson und betonte, die britische Regierung solle keine Schwäche zeigen und die britischen Beamten in Deutschland bei der Durchführung des Planes unterstützen. — Der konservative Abgeordnete Nigel Birch übte heftige Kritik an den Entnazifizierungsmaßnahmen und erklärte, es sei unzulässig, 180 Millionen Pfund Sterling für die Durchführung einer Politik in Deutschland auszugeben, die moralisch falsch und politisch verheerend sei. Um die deutsche Industrie zu retten, forderte der ehemalige Minister Hynd eine sofortige Währungsreform für die westlichen Zonen, da es ohne eine solche Reform keinen Ansporn für die Arbeiter und die Hersteller gebe und keine gesunde Exportpolitik geführt werden könne.

er beschlossen und sei später von dem britischen Kabinett darin unterstützt worden, daß Großbritannien auf Biegen oder Brechen Schritte unternehmen müsse, um seine Zone so weit zu bringen, daß sie sich selbst erhalten könne, wenn der Streit um die wirtschaftliche Einheit weitergehe. Aus diesem Grunde habe Großbritannien das amerikanische Angebot zur Zonenverschmelzung angenommen. — Ich bin nicht verantwortlich für die Trockenheit, die Mildernden in der ganzen Welt und die Tatsache, daß die Kalorien auf 1000 gesunken sind und die Preise ansteigen, wie Herr Bevin fort. Ich sah keinen Ausweg, wies hier um jeden Preis Lebensmittel für diese Zone beschafft werden können, ohne irgend ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten zu schließen. Wir kamen bei der Zonenverschmelzung überein, daß diese in einer solchen Form erfolgen sollte, daß sich andere Länder daran beteiligen könnten. Der ursprüngliche Demontageplan habe sich auf zwei Forderungen aufgebaut: Rüstungsbetriebe und bestimmte von den Großmächten ausgewählte Fabrikanlagen. Dazu hätten eine sehr große Anzahl von Werken gehört. Er sei mit diesem Plan nicht einverstanden gewesen, habe ihm jedoch in Moskau insoweit zugestimmt, als er sich auf

die Rüstungsbetriebe der britischen Zone bezog. Um diesen Streit zu überwinden, sei man übereingekommen, ausschließlich Rüstungsbetriebe bis zum Juni 1948 zu demontieren und für den Abtransport vorzubereiten. Großbritannien habe erklärt, daß weitere Reparationen, die sich aus anderen Gründen und als Folge des neuen Industrieplanes ergeben, zusammengestellt für die Demontage vorgefertigt werden sollten. Ich glaube, das war eine gesunde Politik. Die Reparationspolitik ist ein wesentlicher Teil des Wirtschaftsplanes für Deutschland. — Soweit es um angeht und soweit es sich um jene Betriebe handelt, über die noch entschieden werden soll, sage ich den Deutschen: „Dies ist das Letzte.“ Ich hoffe, ich habe mich dem deutschen Volk gegenüber ganz klar ausgesprochen. Die Deutschen werden jetzt ihre Lage genau erkennen. Es befriedigt mich, daß die von uns vorgebrachten Vorschläge vernünftig sind und durchgeführt werden können, und ich hoffe, daß ich zur Durchführung dieses schwierigen Problems die Zustimmung des Hauses haben werde. — Die Tatsache, daß die deutsche Kohlenproduktion von 4000 Tonnen täglich zu Beginn der britischen Besatzung auf 336 000 Tonnen täglich ange-

wachsen sei, bedeute einen großen Beitrag zum Wiederaufbau Europas. Für die deutsche Währung habe die Regierung nur wenig tun können. Bevin bestätigte, daß eine Währungsreform der Novemberkonferenz ganz gleich, ob sie erfolgreich sei oder scheitere, unmittelbar folgen müsse. — Bevin schloß: „Es ist empfohlen worden, Deutschland in den Marshall-Plan einzubeziehen. Nichts würde geeigneter gewesen sein, um den Grundgedanken des Planes zu verletzen. Es würde in Osteuropa eine noch ungünstigere Lage geschaffen haben als die gegenwärtige. Polen würde mit Recht gesagt haben, daß wir Deutschland eine bevorzugte Stellung einräumen. Ich kann die Ansichten anderer Länder nicht einfach übergehen.“

Welt-Rundschau

Washington (Dena-INS). Für den Marshall-Plan zuständige amerikanische Regierungsbehörden haben ihren Beschluß bekannt, den Krieges auszulösen, zur Durchführung des Marshall-Planes für das erste Jahr die Summe von 6 bis 7 Milliarden Dollar zu bewilligen. Trenton (New Jersey) (Dena-INS). Mehrere Tausend ehemalige Kriegsteilnehmer sprachen eine kommunistische Versammlung, auf welcher der als Kommandant Nr. 1 in den Vereinigten Staaten benannte Gerhard Eisler sprechen sollte. Santiago de Chile (Dena-INS). Die chilenischen Behörden verhafteten alle verurteilten kommunistischen Agitatoren in einem Kupferbergwerk. Sie erklärten, Beweise erhalten zu haben, daß diese Männer für den Streik verantwortlich seien, durch den ein Sprengstoff-Produktionsausfall entstanden sei. Cliffe (Dena-INS). Die „Fenster American World Airways“ haben bekannt, daß eines ihrer Flugzeuge mit 16 Personen, langs überfliegen sei. Es wird angenommen, daß es über der Wildnis von Alaska abgestürzt ist. London (Dena-Reuters). Die Zahl der bei der Entgleisung des Edinburgh-London-Express bei Berwick Tweed ums Leben gekommenen Personen beträgt 21. Kopenhagen (Dena-INS). Das dänische Außenministerium wurde davon informiert, daß ein sowjetisches Schiff ein händisches Fischerboot und seine dreiköpfige Besatzung beim Fischfang in der Ostsee gekapert hat. Paris (Dena). Der auf einer kommunistischen Wahlversammlung vor einiger Zeit vom Generalsekretär der französischen Kommunisten, Maurice Thorez, tätlich angegriffene sozialistische Kandidat Karalinsky hat Klage wegen Körperverletzung erhoben. Karalinsky wurde inzwischen zum Stadtrat gewählt. Paris (Dena). Der Teil des Dual d'Orsay zwischen der Base de Bar und dem Champ de Mars wurde im Rahmen einer Feier in „Quai Anatole France“ umbenannt. Kairo (Tschchoslawisch) (AP). Ein Autobus verunglückte am Sonntagabend in Kairo, wobei sechs Personen den Tod fanden und 14 verletzt wurden. Warschau (Dena). Vollige Unklarheit schwebt über den derzeitigen Aufenthalt und den Fluchtort des aus Warschau verschwandenen Vorsitzenden der polnischen Bauernpartei Stanislaw Mikulajczyk zu herrschen. Die Kopschlagener Mitagszeitung „R.T.“ erfährt, daß dieser möglicherweise auf dem Wege nach Dänemark oder dort bereits eingetroffen sei. Zürich (AP). Der deutsche Schriftsteller Bernhard von Brenzino, der seit 1934 als politischer Flüchtling in Kössen bei der Schweiz lebt, wurde jetzt von den schweizerischen Behörden des Landes verwiesen und muß bis zum 21. 3. 1948 die Schweiz verlassen haben. Athen (Dena-Reuters). Die Trümmer eines verunfallten schwedischen Flugzeuges der Linie Istanbul-Athen wurden 30 km von Athen aufgefunden. Das Flugzeug hatte acht Mannschaffmitglieder und eine unbekannte Anzahl Passagiere an Bord. Athen (Dena). Michael Kirkos, ein leitendes Mitglied der radikalen linksgerichteten EAM und Mitarbeiter der kürzlich verbotenen kommunistischen Zeitung „Elefent Elada“ wurde auf Anordnung des Militärtribunals in Saloniki verhaftet. Rom (AP). Vor Schreck über ein mit knapper Not vermeintlich Verkehrsunfall kamen in dem Überlandbus Maland-Neapel zwei Frauen vorzeitig nieder und brachten gesunde Babys zur Welt. Kairo (Dena-INS). Die Cholera-Epidemie in Ägypten hat bis Montag 2333 Todesopfer gefordert. Rund 900 Neuzugkranken werden täglich gemeldet. Neu Delhi (Dena). In indischen Transportflugzeugen wurden Sikh-Truppen nach Kaschmir befördert, unter denen sich eine Gruppe von 50 Fallschirmjägern befindet, die gegenbestellt den Flugplatz von Kaschmir mit Gewalt nehmen sollen. Die Moslems revoltieren in diesem Gebiet, da der Maharadscha von Kaschmir, Sir Hari Singh, beschlossen haben soll, das Gebiet mit dem Dominion Indien zu vereinigen.

Deutschland: Brücke zwischen Ost und West

Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Dr. Maier und Dr. Hübenner

Stuttgart, 28. Okt. (Eig. Bericht.) Minister Prof. Dr. Hübenner, Sachverständigenrat, hat vor Abschluß seiner Reise durch Süd- und Südwestdeutschland an Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier ein Schreiben gerichtet, in dem er die weitgehende Übereinstimmung der Ansichten beider Regierungschefs in entscheidenden politischen Fragen betont und darauf hinweist, daß alle Deutsche besonders drei Fragen vertreten müßten: Einmal, eine gerechtere völkerrechtliche Gestaltung Deutschlands, das nicht weiter zum historischen geographischen Begriff herabsinken dürfe. Ferner die Forderung eines Friedens, auf den wir 25 Jahre nach formgerechter bedingungsloser Kapitulation Anspruch hätten und schließlich eine klare Bestimmung unseres Beitrages zur Wiedergewinnung der Kriegsschäden, durch dessen gewissenhafte Leistung der Weg wieder vorwärts und aufwärts führe. In seinem Antwortschreiben hebt Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier hervor, damit ein erster Schritt im Sinne einer gerechteren völkerrechtlichen Gestaltung Deutschlands getan wäre, sollte auf der Basis der in den einzelnen Ländern gewählten Volksvertretern im Zusammenwirken mit den verfassungsmäßigen Länderregierungen schon jetzt vorläufige deutsche zentrale Organe zur Herstellung der politischen Einheit Deutschlands ein-

gesetzt werden. Auch bei der Gliederung der deutschen Republik in Länder oder Bundesstaaten dürfe die Zonen-grenze nicht mehr wie bisher hindernd im Wege stehen. Nach der Auflösung Preußens sei der Weg frei für die Bildung mittelgroßer tragfähiger Länder. Zu dem von Ministerpräsident Hübenner geltend gemachten Anspruch des deutschen Volkes auf endliche Herstellung eines Friedenszustandes und in Übereinstimmung damit fügt die Antwort des Regierungschefs von Würtemberg-Baden die Erwartung hinzu, daß verantwortlichen deutschen Stellen von den Alliierten Gelegenheit gegeben werden müsse, unseren Standpunkt bei den Friedensverhandlungen darzulegen. Eine klare Bestimmung unserer Wiedergutmachungsverpflichtungen — allerdings unter klüger Berücksichtigung unserer tatsächlichen Möglichkeiten — beabsichtigt Dr. Maier als Vorbedingung für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau. Bei den kommenden Verhandlungen in London werde sich hoffentlich die politische und wirtschaftliche Vernunft durchsetzen. Ein Verhältnis wäre es, wenn die beiden großen Weltmächte weiterhin ihre gegensätzlichen Auffassungen auf deutschem Boden austragen wollten. In den Schlusssätzen des Schreibens heißt es dann, das deutsche Volk, das einen ihm angemessenen Weg zurück in die Gemeinschaft der Völker wolle, werde es als eine hohe Aufgabe betrachten, eine Brücke der Verständigung zwischen Ost und West zu bilden. Je länger die Separierung über uns verhängt bleibt, desto stärker werde das deutsche Volk weiter zusammengedrängt und schließlich auch weiter zusammenfinden. — f2.

Schwere Kämpfe in Griechenland

Athen, 28. Okt. (AP.) Im Pindus-Gebirge und im Epirus sind erbitterte Kämpfe zwischen etwa zehntausend Mann starken Guerillastreitkräften und den griechischen Regierungstruppen im Gange. Der Brennpunkt der Kämpfe liegt im Gebiet von Metsovo, etwa dreißig Kilometer östlich von Ioannina, wo die Regierungstruppen die Partisanen von den umliegenden Höhen geworfen haben sollen. Dem Bericht eines Pressekorrespondenten aus dem Hauptquartier der nordgriechischen Armee in Volos zufolge, erleiden die Guerillatruppen, die mit Granatwerfern, Artillerie und von den griechischen Luftstreitkräften bekämpft werden, schwere Verluste.

Der ideologische Kampf

General Lucius D. Clay und die deutsche Presse

Berlin, 28. Okt. (Dena). Der amerikanische Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, erklärte auf einer Pressekonferenz, er werde im Laufe des nächsten Jahres aus der amerikanischen Armee ausscheiden und von seinem Posten als Militärgouverneur für Deutschland zurücktreten. Prinzipien, an die wir glauben, werde ich künftig verteidigen, sagte Clay weiter, und solche, an die wir nicht glauben, werde ich anfechten. Wir glauben bestimmt nicht an irgend eine Form des Kommunismus, fügte der General hinzu, und erklärte, er habe es bisher unterlassen, irgendwelche unvollständigen Verträge zwischen den Prinzipien der Regierungsmacht der verschiedenen Besatzungsmächte herauszustellen. Von nun ab werde er das aber nicht länger tun. Der deutschen Presse sei die Möglichkeit gegeben, den Kampf um die Rechte und die Würde des Menschen mit auszutragen, und die amerika-

nische Militärgouverneur würde keine Mühe scheuen, der deutschen Bevölkerung zu erklären, warum die Vereinigten Staaten an ihre Regierungsform und an ihre Lebensweise glauben. Der General betonte, daß die deutsche Presse in der US-Zone keinem Druck ausgesetzt sei. Erfolge der amerikanischen Militärgouverneur bei der Annahme einer wahren demokratischen Lebensweise durch das deutsche Volk könnten nur durch die Tätigkeit richtunggebender geistiger deutscher Persönlichkeiten erzielt werden. Der zahlenmäßig geringe Stab der Erziehungsabteilungen bei der amerikanischen Militärgouverneur werde den Deutschen mit Ratschlägen über die Methoden dieses ideologischen Kampfes zur Seite stehen, und die Militärgouverneur sei verpflichtet, darauf zu achten, daß die geistig führenden deutschen Persönlichkeiten in der US-Zone, in diesen kritischen Zeiten nicht anders handeln.

Versöhnungsgeste Wyschinski

New York, 28. Okt. (Dena-Reuters). Der sowjetische Delegierte Andrej Wyschinski zog auf der Sitzung des politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung den sowjetischen Antrag zurück, wonach die Vereinigten Staaten, die Türkei und Griechenland der Kriegstreiber für schuldig befunden werden sollen. Wyschinski unterstützte den polnischen Zusatzantrag, in dem vorgeschlagen wird, jegliche Form von Propaganda, ganz gleich in welchem Lande, zu verurteilen, die eine Bedrohung des Weltfriedens hervorrufen könne. — Wyschinski, der in sehr ruhigem Tone sprach, erklärte, der polnische Antrag sei zwar ungenügend, die Sowjetunion wolle ihn aber trotzdem annehmen. Das Ziel der ersten sowjetischen Resolution sei es gewesen, einer ziellosen Kriegspropaganda gewisse Hindernisse in den Weg zu stellen. Die Versöhnungsgeste Wyschinski verurteilte in dem vollbesetzten Konferenzraum ein Aufmerken der Delegierten, die ihre Köpfer fest an die Ohren preßten und einander überrascht anblickten.

Nach 2 400 000 Kriegsgefangene

New York, 28. Okt. (Dena-INS.) Dr. Kurt Schumacher erklärte, daß sich noch etwa 2 400 000 deutsche Kriegsgefangene in sowjetischer Hand befänden, von denen ein beachtlicher Teil in Militärlagern in der Sowjetunion 1948 ausgebildet werde. Schumacher, der sich auf „vertrauenswürdig Informationen“ berief, versicherte, die in der Sowjetunion unermöglichten Kriegsgefangenen würden dann in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands gebracht, um Schlüsselpositionen in der Propaganda und bei der Polizei zu übernehmen. Die Gesamtzahl der von den Sowjets internierten deutschen Kriegsgefangenen habe etwa 2 500 000 betragen. Er sei überzeugt, fügte Schumacher hinzu, daß ein großer Teil von ihnen an Entbehrungen umgekommen sei.

Demokraten-Tagung in Schwetzingen

Schwetzingen, 28. Okt. (Eig. Bericht.) Die demokratischen Parteien der amerikanischen Besatzungszone hielten vom 24. bis 28. Oktober in Schwetzingen ihren Zonenpartei-tag unter dem Vorsitz von Dr. Theodor Heuß ab. Nach Berichten über die Situation der Partei in den einzelnen Ländern sprach der Abgeordnete des Wirtschaftsrates Dr. E. Bunnertz über die „Aufgabe und Tätigkeit des Wirtschaftsrates“. Seine Rede war im wesentlichen eine Darstellung der mannigfaltigen bürokratischen Hemmungen, die heute noch eine fruchtbare Entwicklung hindern; wenn der Wirtschaftsrat Gesetze erlassen muß, um die Ländergrenzen hinausgehenden Denken zu zwingen — wie bei der Strom- oder der Kartoffelversorgung —, wenn in einer Zeit der Kohlenknappheit die Zuweisung von 4 Ztr. Deputatkohle monatlich für die Eisenbahnen gefordert wird, wenn die Reparatur von Eisenbahnwagen daran scheitert, daß Staatswaldungen nicht die ihnen für diese Zwecke auferlegten Holzlieferungen erfüllen, dann kann man wirklich nicht erwarten, daß die Wirtschaft reibungslos abläuft. Einen zweiten Höhepunkt der Tagung bildeten die kommunalen Referate von Oberbürgerm. a. D. Dr. Schwammberger (Stuttgart) und Oberbürgerm.

Bleek (Marburg). Die Redner betonten, daß eine gerechte Abgrenzung kommunaler Selbstverwaltung und staatlicher Hoheitsverwaltung Voraussetzung für fruchtbarere Arbeit auf beiden Seiten sei. Oberbürgermeister Bleek wandte sich besonders gegen die Bestrebungen der herrschenden Regierung, die Versorgungsbetriebe der Kommunen in Staatsbesitz zu überführen; damit werde den Städten ihre wirtschaftliche Basis genommen, nur um die Verluste, die sich aus der Sozialisierung wirtschaftlicher Industriebetriebe ergäben, zu verdecken. — Die Neuwahl des Zonen-Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Dr. Theodor Heuß. Sonntag-Nachmittag fand in Schwetzingen eine stark besuchte öffentliche Kundgebung statt, in der Dr. Heuß und Landtagsabgeordneter Dr. Linnert (Nürnberg) sprachen. In Hockenheim wurde zur gleichen Zeit der demokratische Bauernrat abgehalten; vor dicht besetzten Reihen sprachen Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Landtagsabgeordneter Faßbender (Heisen). Landtagsabgeordneter Schied (Schriesheim) gab das demokratische Agrarprogramm, das von dieser Tagung den Namen „Hockenhömer Programm“ tragen wird, zur Kenntnis. R. J.

Wahlen in Frankreich und in der Schweiz

de Gaulle fordert Auflösung der Nationalversammlung

Paris, 28. Okt. (Dena-INS). Die bisher vorliegenden Resultate der Wahl der Stadträte in den einzelnen französischen Städten und Gemeinden, die sich auf Grund der in den beiden letzten Sonntag durchgeführten Wahlen ergeben, zeigen folgendes Bild:

Sozialisten 15 000 Stadtratsitze, Französisches Volkstum 10 000, Kommunisten 6000, Radikale und linksgerichtete Unabhängige 9000, Radikalsocialisten und Vereinigung der Linken 12 300, MRP 6250 und andere 5000 Sitze. Im Departement Pas de Calais erlitten die Kommunisten schwere Niederlagen. Nur in zwei von dreizehn Städten mit über 9000 Einwohnern wurden ihre Vertreter zu Bürgermeistern gewählt, während sie vorher die Bürgermeisterposten von 13 dieser Städte inne hatten.

Paris, 28. Oktober (ap). In einer Presseerklärung verlangt General de Gaulle die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen nach dem direkten Wahlsystem, das dem Parlament eine arbeitsfähige Majorität sichern würde. In Bezug auf die französischen Gemeindevahlen äußerte sich de Gaulle, der Kommunismus habe in Frankreich verspielt. Jeder Tag werde es deutlicher aufzeigen, die Separatisten, wie de Gaulle die Kommunisten nennt, hätten mindestens ein Siebentel ihrer Wähler und viele Gemeinden verloren. Damit hätten viele Bürger, die von diesen arzen Aposteln auf dem Wege zu Glück und Knechtschaft fehlgeleitet worden waren, nun ihren Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und nationaler Erneuerung ausgedrückt.

Sieg der Radikalen in der Schweiz Zürich, 28. Okt. (Dena-Reuters). Die Radikalen (Fortschrittliche Demokraten) — eine Partei der Mitte — sind als stärkste Gruppe aus den am Sonntag abgehaltenen allgemeinen Wahlen zum Schweizer Nationalrat hervorgegangen. Sie haben

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 112. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 2041 und 2042. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 24.

Nach den Wahlen in Frankreich

Von unserem ständigen G.M.-Korrespondenten in Paris

Von links nach rechts waren die Gemeinderatswahlen in Frankreich politisiert worden. Es ist daher zulässig, aus dem Ergebnis der Wahlen politische Schlüsse zu ziehen. Aber die politische Interpretation des Votums vom vergangenen Sonntag darf nicht so weit gehen, daß sie die Gegebenheiten der Kommunalwahlen außer acht läßt. Die den Gemeinderatswahlen eigenen lokalpolitischen Kombinationen spielten eine nicht geringe Rolle. So darf vor allem nicht übersehen werden, daß die Gaule, dessen Eintritt in die politische Arena den Wahlkampf beherrschte, keine eigenen homogenen Listen präsentierte. — Das Rassemblement du Peuple Français will in keine Partei sein —, sondern daß die unter der Bezeichnung R.P.F. geführten Listen Zusammenstellungen von Persönlichkeiten und Parteien verschiedener Tendenzen waren. Dabei bestand der einflussreichste Wahlblock des Rassemblements darin, daß es die bisherigen Mitglieder der Gemeinderäte aller Parteien außer den Kommunisten einlud, auf einer gaullistischen Liste zu kandidieren. Die ausserhalb der Stadtverordneten gingen zum großen Teil auf dieses Angebot ein. Einen besseren Propagandamacher als die Gaule konnten sie nicht finden, und die Leiter des R.P.F. räumten ihnen gute Plätze auf den Listen ein. Beiden Teilen gereichte das Geschäft also zum Vorteil.

Dieses Wahlmandat verleiht jedoch nicht aus, um den sehr großen Erfolg General de Gaulles zu erklären. Aber ein Blick auf das Wahlergebn genügt um sich davon zu überzeugen, daß dieser Sieg lediglich die politische Struktur der Rechten veränderte. Die beiden Linienparteien haben im großen und ganzen ihre Stimmenzahl bewahrt und stellen nach wie vor fast genau die Hälfte der abstimmenden Stimmen dar. Auf der rechten Hälfte dagegen hat das R.P.F. alle bisherigen Positionen über den Haufen geworfen und vor allem das M.R.P. völlig überrollt. Das Rassemblement du Peuple Français geht von den Radikalen in die Reihen der Linken bis zur Republikanischen Freiheitspartei auf der äußersten Rechten. Das ist schon keine Sammlung mehr, sondern ein Mischmasch.

Daß das M.R.P. dem Propagandasturm der Gaullisten nicht standhalten konnte, war vorauszusehen. Aber der Zusammenbruch dieser Partei übertrifft alle Erwartungen. Der Platz, den sie jetzt im Lande einnimmt, ist nicht mehr der, den das Zentrum der Weimarer Republik innehatte. Die Massen, die ihr nach der Befreiung zugeströmt waren, sind zu dem großen Trommler de Gaulle gelaufen. Es ist möglich, daß derjenige Teil der Anhängerschaft, der ihr die Treue bewahrt hat, standhaft bleiben wird.

Den Kommunisten wurde allgemein ein größerer Stimmen-

schwund vorhergesagt als er wirklich eingetreten ist. Die Einbuße beschränkt sich auf einige große Städte. Die zu unrechter Zeit beschlossene Gründung des Kominform und der überaus unpopuläre Verkehrsstreik in Paris sind an diesem Verlust schuld. Bemerkenswert und von großer politischer Wichtigkeit ist die Festigkeit der Sozialistischen Partei. Dank der Existenz der S.F.I.O. ist die Prophezeiung, daß sich das politische Leben in Frankreich zwischen den Gaullisten auf der einen Seite und den Kommunisten auf der anderen Seite parlamentarisiert würde, nicht wahr geworden.

Welches werden die politischen Folgen dieser Wahlen sein? Rein verfassungsmäßig besteht kein Anlaß zu einer Veränderung in der Regierung. Die Nationalversammlung bleibt noch vier Jahre im Amt. Aber es ist nicht möglich, daß die Zusammensetzung der Nationalversammlung so lange im Gegensatz zum „pays réel“ steht wie es sich am vergangenen Sonntag ausgeworfen hat. Innerhalb der Nationalversammlung kann diese Veränderung eintreten. Die bisherige Herrschaft vollziehen hat die M.R.P.-Fraktion kann sich auflösen und in ihrer Mehrheit sich den Gaullisten, d. h. den Radikalen und der Republikanischen Freiheitspartei anschließen. Damit ist aber das Regierungsproblem noch nicht gelöst. Das Fortbestehen der gegenwärtigen Koalition ist wenig wahrscheinlich. Man muß damit rechnen, daß die Radikalen binnen kurzem das Regierungsbündnis kündigen werden, und die Krise innerhalb der M.R.P.-Fraktion kann auch nicht lange auf sich warten lassen. Kommt es dann zu einer antigauillistischen Kampfregerung von den Kommunisten bis zu der von ihren linken Flügel reduzierten Republikanischen Volksbewegung?

Die außerpolitische Lage Frankreichs scheint dieses Experiment zu verbieten. Mit größerer Wahrscheinlichkeit kann man ein Kabinett der Mitte unter der Führung Herriots vorbereiten, das die S.F.I.O., des linken M.R.P. sowie die rechten Radikalen umfassen würde, die de Gaulle nach wie vor die kalte Schulter zeigen. Eine klare Regierung hätte nur Chancen, wenn die Kommunisten auf ihre Agitation verzichten würden.

Was der General fordert, ist die ganze Macht. Er ist nur bereit, auf Grund eines ausdrücklichen, in Form eines Plebiszits erteilten direkten Mandats des Volkes die Regierung zu übernehmen. Einem solchen Verlangen steht der Geist und der Buchstabe der Verfassung entgegen. General de Gaulle kann, wenn er nicht zur Revolution greifen will, die Macht nur antreten, wenn er sich der Verfassung beugt. Im übrigen ist auch die neue französische Verfassung nur ein Text, der umzusetzen werden kann. Alles hängt davon ab, wie lange die Linke, d. h. praktisch wie lange die Sozialisten, die radikalen Jakobiner und die Linke der M.R.P. dem gaullistischen Druck standzuhalten willens und fähig sind.

„Intelligenzbestie“ Ohlendorf Der Mann ohne Gewissen

Mord an hundertausenden wehrlosen Männern, Frauen und Kindern, Mordbefehle und durchgeführt auf Grund eines bis ins äußerste gesteigerten Rassenhasse und des Willens, andere Völker zu vernichten. — so lautet die Anklage im Prozeß gegen 23 ehemalige Offiziere der von Himmler und Heydrich auf Befehl Hitlers aufgestellten Einsatzgruppen und Einsatzkommandos. Vor sechs Jahren, nachdem Hitlers Kriegsmaschine bis tief in den Osten vorgezogen war, erschienen in Dörfern und Städten Männer in SD-Uniform und forderten den Ältesten-Rat jeder Gemeinde auf, eine Liste über die ansässigen Juden aufzustellen, da man beabsichtige, sie umzubringen.

Die SD-Männer erhielten die Liste. Sie ließen die Juden an einem entlegenen Platz zusammenzwingen, verfrachteten sie in Lastwagen und fuhren mit unbekanntem Ziel davon. Nach wenigen Stunden fuhr die Liste der Juden durch die Straßen der Dörfer und Städte. Die Juden wurden benutzungslos gelassen und erhielten den Befehl, sich der Reihe nach aufzustellen — Männer, Frauen und Kinder. Nachdem sie wenige Minuten gewartet hatten, trat ein Trupp von 12 SD-Männern vor, legte an, ein SD-Führer rief „Feuert!“ — und in dem sich vernebelnden Pulvernebel erkannte man die Leichen der Getöteten, die bald darauf an Ort und Stelle so begraben wurden, daß kein Mensch den Platz finden konnte, wo Hitler ihrem Leben ein Ende gesetzt hatte.

Heute sitzt Otto Ohlendorf, Kommandeur der Einsatzgruppe D, auf dem Zeugenstand, um in eigener Sache auszusagen. In einer eidesstattlichen Erklärung sagte er, er habe selbst zum zweiten Henker Hitlers und Himmlers — der erste war Rudolf Hoß, der Lagerkommandant von Auschwitz,

mit zwei Millionen Menschenleben auf seinem Gewissen — gestempelt. Aber während Hoß sich als Zeuge im internationalen Kriegsverbrecherprozeß als der Typ des Verbrechers zeigte, der mit beschränkter geistiger Fähigkeiten in dunkler Triebhaftigkeit eine Untat nach der anderen beging, stellt sich Ohlendorf als der Typ des reinen Intellektuellen vor, der ohne menschliches Mitgefühl und ohne Gewissen jederzeit bereit ist, einen Befehl, und sei er noch so grausam, bis zur letzten Konsequenz auszuführen.

Typisch für Ohlendorf ist, daß er auf dem Zeugenstand bestritt, mit seiner Einsatzgruppe 90.000 Menschen hingerichtet zu haben. Er habe diese Angaben nur auf Grund unvollständiger Meldungen gemacht und glaube, daß es tatsächlich weniger als die Hälfte waren. Es mache jedoch keinen Unterschied, ob es 90.000 oder 45.000 waren, — er wolle dies nur bemerken, da heute das menschliche Leben so gering geachtet würde, daß man leichtsinnig mit großen Zahlen umgehe.

Befragt, was denn sein persönlicher Standpunkt zu diesem unerbittlichen Befehl gewesen sei, blieb Ohlendorf hartnäckig bei der Aussage, daß er den Befehl als Führerbefehl anerkannt habe, daß nach seiner Auffassung Hitler als Staatsoberhaupt kein Verbrechen begehen konnte und daß er sich keinerlei Gedanken über die Moral des Befehls und seiner furchtbaren Auswirkungen gemacht habe. Ohlendorf zeigte nicht den geringsten Anflug von Bedauern, auch nicht, als er zugeben mußte, daß Kinder durch seine Einsatzkommandos ermordet worden waren, sondern erklärte lediglich, daß man diese Kinder eben als Gefahr für das Reich und zwar im Hinblick auf die Zukunft angesehen habe.

Arno Kretschmer (DENA)

Zu den Änderungen des Befreiungsgesetzes

Das Ministerium für politische Befreiung teilt mit: Nachdem das Ministerium für politische Befreiung selbst die endgültige Fassung der Änderung des Gesetzes 104 erst im Verlauf der vorvergangenen Woche erhalten hatte, wurden sofort alle Spruchkammerpräsidenten und öffentliche Kläger von Württemberg-Baden zusammenberufen, um die grundlegenden Informationen über die im Rahmen dieser Änderung zu treffenden Sofortmaßnahmen zu erhalten, deren Zweck eine wesentliche Beschleunigung der gesamten Spruchkammerarbeit ist.

Nach der nunmehr in Kraft getretenen Gesetzesänderung besteht die berechtigta Hoffnung, daß sich die Entnazifizierung endlich wirklich ihrem Ende nähert. Während die Fälle derer, die von vornherein nicht unter die Hauptkategorien oder Belasteten fallen, in Württemberg-Baden so gut wie erledigt sind, standen bei Inkrafttreten der Gesetzesänderung noch die Verhandlungen von 123.366 Fällen aus, das waren 62,3 Prozent aller von öffentlichen Klägern in Gruppe I oder II einzureichenden Betroffenen. Von diesen werden nunmehr eine größere Anzahl von Fällen in einem vereinfachten und damit bei weitem schnelleren Verfahren durchgeführt werden können, weil dank der Änderung des Art. 33,4 der öffentliche Kläger jetzt eine große Anzahl Betroffener garnicht als Aktivisten oder Minderbelastete anzuklagen braucht. Allerdings muß der öffentliche Kläger in solchen bestimmten Fällen, die bisher gemäß Anlage zum Gesetz unter die Klasse II fielen, bei denen aber keine konkreten Belegungen vorliegen und die auch nicht zu den nach dem Nürnberger Urteil als verbrecherisch erklärten Organisationen gehören dürfen, wenn er von vornherein auf „Mittläufer klärt“, jeweils die Genehmigung der Militärregierung dazu einholen.

Während die Änderung des Art. 33,4 also zu einer wesentlichen Beschleunigung führen wird, sind mit der Ände-

rung des Art. 33,4 nunmehrige Befreiung von Beschäftigungsverbot für bestimmte Personenkreise, die nicht unter Gruppe I oder II fallen) sowie Art. 11/II (Änderung der Bewährungsfrist) sehr wesentliche Vorteile für einen großen Kreis von Betroffenen erzielt, die sich jedoch auf die Kammerarbeit nicht zeitverwendbar auswirken. Der vierte Punkt der Gesetzesänderung (Art. 12a) bringt insofern eine Erleichterung für die Kammern mit sich, als danach denjenigen, die seit dem 1. Mai 1943 noch nationalsozialistische Ideen verbreiteten, um Unruhen zu stiften, nicht mehr nachgewiesen zu werden braucht, daß sie dadurch den Frieden des deutschen Volkes oder der Welt gefährden, wie es im Art. 7/III lautet, der in solchen Fällen bisher allein anwendbar war.

Die — auch auf Initiative von Minister Kamm — erfolgte Ergänzung des Art. 33,1 dient dazu, Zeugen, Sachverständige und sonstige Spruchkammermitarbeiter vor Angriffen anderer Individuen zu schützen, deren Absicht es nur ist, den Aufbau eines friedlichen demokratischen Staates zu erschweren. — Zu der in der Bevölkerung vor einiger Zeit aufgetauchten Beunruhigung über eine kommende Verhaftungswelle erklärte der Minister, es wäre keinesfalls geplant oder beabsichtigt, daß die Spruchkammern künftig Verhaftungen von Personen vornehmen sollten, um sie in automatischen Arrest (entsprechend den bisher Internierten) zu bringen. Die von der Militärregierung direkt an die deutsche Polizei erfolgte Anweisung bezüglich der Personen, die jetzt noch in automatischen Arrest zu kommen hätten, stellt lediglich eine Übertragung der bisher von der CI- und public safety-Stellen ausgeübten Rechte an die deutsche Polizei dar. In solchen Fällen, wo künftig die deutsche Polizei also derartige Verhaftungen vorzunehmen hat, wird diese allerdings darauf angewiesen sein, sich mit dem öffentlichen Kläger im Benehmen zu setzen, um das bei den Spruchkammern vorliegende Belegmaterial heranziehen zu können.

Deutschland-Rundschau

Versteht Westzonen

München (Dena). Ein Großmarsch im Sportpark Silbergrube in Waldhaus/Oberpfalz, verzeichnete die Fliegeranlagen, zahlreiche Kraftfahrzeuge, sowie die Werkanlagen mit ähnlichen Maschinen im Gesamtumfangswert von 300.000 Mark.

München (Dena). Der ehemalige bayerische Sonderminister Alfred Loritz und die beiden WAV-Abgeordneten Julius Hallerer und Alfred Nettek wurden auf der ersten Landesversammlung der WAV zu gleichberechtigten Landesvorsitzenden gewählt.

Dachau (Dena). Zum Tode durch den Strang verurteilte ein amerikanisches Militärgericht den ehemaligen Blockleiter des Konzentrationslagers Mauthausen, Anton Kiehl. Kiehl war schuldig befunden worden, einen KZ-Häftling mit einem Keilspieß erschlagen und das weitere in einem Wasserlauf ertränkt zu haben.

Dachau (AP). Wegen Beteiligung an einer illegalen Hiltorga in den Konzentrationslagern Gussen wurde der ehemalige SS-Unterführer Waldemar Dopfersitz von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode durch Erhängen verurteilt.

Sonthofen (Augsb.). 35.000 Fremde hielten sich während der diesjährigen Urlaubszeit in Landkreis Sonthofen auf. Ermittlungen ergaben, daß von diesen höchstens 12.000 der ortsnahen Flüchtlinge waren, während die übrigen 23.000 schwer lebten. Die Ernährung der einheimischen Bevölkerung (70.000) war oftmals in Frage gestellt.

Görlitz (Dachau). Die Leiche eines evangelischen Flüchtlings in Seeßlag bei den württembergischen Pfälzern Anlaß, die Angehörigen darauf aufmerksam zu machen, daß die Aufnahme des Verstorbenen im Friedhof nur unter der Bedingung vor sich gehen dürfe, wenn seine Beerdigung in aller Stille, ohne Gesang und ohne Zeremonien vor sich gehen würde, berichtet der „Frankfurter Tag“. Man entschuldigt sich, den toten Flüchtling in einem anderen Gottesacker einzubetten.

Regensburg. Der Initiator der New Yorker Staatszeitung „Herold“ ist es zu danken, daß der Caritasverband Regensburg eine in Amerika aufgetauchte Schutzpocken von 162 Personen an bedürftige Kinder verteilen konnte.

Düsseldorf (Dena). General W. H. A. Bishop wird die „Deutsche Prozessrevue“ eröffnen. Die Ausstellung wird in der Zeit vom 1. bis 30. November veranstaltet.

Frankische Zone

Baden-Baden. Eine Änderung der französischen Militärregierung zufolge wird dem Präsidenten des Kreises Ludau ein Bescheid des Ausschusses zur Seite stehen, der aus zwei Abgeordneten des Kreises Ludau im Landtag von Baden-Württemberg, sowie aus vier weiteren Mitgliedern besteht, die von der Kreisversammlung bestimmt werden. Die Befugnisse des Ausschusses sind die der früheren Landesversammlung. Die Entscheidung, welche bayrischen oder württembergischen Gesetze im Kreis Ludau zur Anwendung kommen, hat sich die Militärregierung vorbehalten.

Waldau. Wegen Landfriedensbruch verurteilte die Strafkammer Waldau den früheren Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Gustav zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und den ehemaligen SA-Sturmführer Heiler zu drei Jahren Zuchthaus weil sie an der Verhinderung der Synagoge in Tübingen und an der Zerstörung von Geschäften jüdischer Besitzer mitbeteiligt waren. Auch ähnliche Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte Deutsche waren ihnen zur Last gelegt.

Sowjet-Zonen

Berlin (Dena). Über 4,3 Millionen Umsiedler aus den Ostgebieten sind bis 31. August 1947 in der sowjetischen Besatzungszone aufgenommen worden. Davon wurden nach einer Mitteilung der Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge 1,3 Millionen in Arbeit vermittelt oder sind als Selbständige oder Mitarbeiter von Familienangehörigen erwerbstätig. Fast 400.000 Umsiedler sind arbeitsfähig.

Trassenthal (Erg.). Der Bauer Alfred Jösel aus Hartmannsdorf unterzog u. a. H. Seck Hafer und ihm nicht gehörendes Leck. Bei der Hausdurchsuchung verweigerte er die damit beauftragte Besichtigung. 14 Monate Gefängnis waren das Ergebnis der gegen ihn geführten Verhandlung.

Freiburg (S.). 2 weibliche Angestellte, die in der Kartenausgabestelle des Ernährungsausschusses beschäftigt wurden, erwiderten Abschnitte von Lebensmittelkarten. Sie erhielten beide je 3 Monate Gefängnis und 5000 RM Geldstrafe.

Hochschinotizen

Tübingen. Professor Dr. G. Menzel erhielt in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen die planmäßige Professur für Mineralogie und Petrographie. Derg. aus Riga stammende Gelehrte gilt als besonderer Fachexperte auf dem Gebiet der Edelstein- und Perlenkunde.

Freiburg. In der katholisch-theologischen Fakultät der Freiburger Universität ist der Extraordinarius Professor Dr. Theodor Gottlob zum ordentlichen Professor für Kirchenrecht und Kirchenrechtsgeschichte ernannt worden.

Das spontane Greßbrenner. Aus Berlin wird berichtet, daß eine schätzungsreiche Dame sehr spontan auf Otto Gebühr, der häufig im Caféhaus die Zeitung las, zugestrichelt sei und mit beiden Händen die Rechte des Verlobten gedrückt habe: „Wenn einer Deutschland retten kann, dann Sie, Herr Gebühr.“

„Bi Tu es, Tüü?“

Zum zwanzigsten Todestage Maximilian Hardens am 30. Oktober

Als der Brillantfeuerwerker des kritischen Wortes vor 28 Jahren starb, war er inzwischen ein Still geworden. Die Demokratie war, aber der Demokrat Maximilian Hardens hatte unterdessen seinen Sprachvortrag im luftleeren Raum verfliegen lassen und saß mit dem klügeren, moderneren, tätigeren Walter Rathenau am Kamin im Grünewald, um sich über die republikanischen Zeitläufte informieren zu lassen.

Hardens war, nachdem Bismarck gegangen und Capry und die anderen gekommen waren, der tapferste Publizist Deutschlands. Er attackierte den Kaiser und dessen Paladine, hatte Bismarck zum Verlassen und die besten Männer Europas zu Bewunderern seines Mutes, er riskierte Freiheit und Vermögen und mußte es sich dennoch gefallen lassen, für einen sensationslüsternen Geschäftsmacher gehalten zu werden. Sein Fehler war die Eitelkeit. Er hatte als Schauspieler angefangen, und der komödiantische Effekt blieb noch sein Teil, als schon die leidenschaftliche Courage ihn gegen die homo-sensuellen Freunde Nr. Majestät getrieben hatte: gegen den Fürsten Philipp Eulenburg und dessen gleichartige Cliquen. Aber Sensationslust? „Das Pflichtgefühl hat mich in diesen schweren Kampf getrieben. Ich habe sieben Jahre mit mir gerungen. Seit sieben Jahren weiß ich dies alles“, sagte er 1896 als Angeklagter, als ihn Graf Kuno Moltke, einer aus Philippus Freundschaft wegen Beleidigung verklagt hatte. In diesem Prozeß — durch 4 Instanzen gehetzt — war er auf der Höhe seiner kritischen Mäterschaft. Er ließ die letzte Verhandlung bis aufs Tüpfelchen stenographieren, und wir besitzen also

das unverwundete Bild: „Da nennen die Männer einander „netta Gellebert“, „mein Alles“. Wenn einer von der Bahn kommt, ist ein Geflüster: „Bist Du da, Tüü?“ oder „Gott, wie habe ich mich nach Dir geseht“. Da sitzt der Eine am Klavier und schaut, wenn ihn die Frau stört: „Laß mich, ich dachte an Phil!“ Das sind Dinge, die für uns völlig normwidrig sind, aber ich habe mich niemals für die Frage interessiert, wie die Herren ihre Triebe stillen, die, als ich anfing, mich mit ihnen zu beschäftigen, nicht mehr allzu heiß gewesen sein können.“ Das war die Sprache Hardens gegen die Freunde des Kaisers. Im interessierte die Politik nicht das Private, aber er kam zuletzt aus politischer Not am Privatleben nicht mehr vorbei.

„Die Zukunft“ war die Plattform, auf der er focht, kein preußischer Kgrasler, sondern ein charaktervoller Zivilist, der mit Bismarck die Flasche Wein, die der Kaiser dem Entlassenen zum Geburtstag geschenkt hatte, fröhlich auf das höchstselbige Wohlsein austrank in der Geschichte der deutschen Publizistik steht Hardens als gelehriger Schüler Helms und als Sprachverwandter des kühleren Karl Kraus am frühen Morgen des Jahrhunderts, als hätte er schon damals mit seinen dramatischen Wortbüchern dessen tragische Mitte anleuchten wollen. R. R. R.

Amerikanische Komödie

Deutsche Erstaufführung in Heidelberg Heidelberg's Theaterfreudiges Publikum leidet vielleicht noch fühlbarer als manche an zerstörte Stadt am mangelnden Raum. Das Stadttheater ist Abend für Abend gefüllt und vermag nicht im entferntesten die Wünsche nach Theaterkritik (besonders an den Opernabenden) zu erfüllen. Die Ausweitung des Schauspielplatzes, der „Königsaal“ des Schlosses kann

im Sommer benutzt werden, da er keine Heizungsanlage besitzt. Die großen Konzertsäle sind beschlagnahmt. Der seit 1913 geplante Theater-Neubau ist und bleibt eine Fata morgana... So plägiert der theaterhungrige Heidelberger (da die Bahnen mit den Bühnen schiefen gehen) zu Fuß in den Vorort Handeshöhle, um dort das aus der Bachsteinbahn entstandene neue „Volks-theater“ mit zu eröffnen. Es ist architektonisch ein Gewinn, und das Programm, das Oerd Martensen angekündigt — Komödie, Volkstheater, Stümpel und Operette — vielversprechend.

Als Eröffnungsvorstellung hatte man als „Deutsche Erstaufführung“ (man sollte die Ankündigung „Deutsche Uraufführung“ endgültig zum alten Eisen werfen) das New Yorker Erfolgstück „Das Streben nach Glück“ von Lawrence Langner und Armina Marshall Langner in der Verdeutschung durch Walter M. Linden gewählt — und der schmunzelnde Beifall bewies die Zustimmung des Publikums mit diesem Lustspiel, das dem Volkstheater baltischer Prägung nahekommt, nebenbei aber eine recht kräftige Attacke gegen Prödiere und Puritanismus rettet, die — in Bjuwarien nicht möglich wäre. Ein archaischer Brauch aus der Kolonialzeit von 1771, auf unheimliche Art und Weise zu einer Frau zu gelangen, als Rezept für unsere ungeheute Misere, böte für einen deutschen Autor weitgehendes Anlaß zu allerlei (und revolutionären) folkloristischen Betrachtungen, denen die amerikanischen Verfasser aus dem Weste gehen: das tolle Spiel unter der Regie von Bernd Böhmle und der Stimmung verbreitende Zuschauerraum boten jedenfalls alles auf den Erfolg auf der ganzen Linie zu sichern — und der Sorienerfolg auf Deutschlands Bühnen großen und kleinen Grades anzukündigen. Dr. Weggen

Stuttgarter Neues Theater

J. B. Mollere: Schule der Frauen

So recht können wir zwar nicht verstehen, weshalb dieses an sich schwächere Stück des großen Franzosen, über das sein Landsmann Voltaire ziemlich abschredend, wenn auch sehr geistreich, urteilte, das aber immerhin einem so kritischen Geist wie Lessing gut gefallen hat, nun ausgerechnet uns heute Besondere zu sagen haben sollte. Denn es ist keine Charakterkomödie wie Tartuff oder der Geizige. Und wir verstehen diesen Trost von Menschen nicht recht, der aus lauter Angst, die Sache falsch machen zu können, nun glücklich das Dömmerteil, was er überhaupt hätte tun können, und auch das Mädchen, das so „einfältig“ ist, daß es glaubt, die Kinder würden aus dem Ohr, kommt uns etwas unverständlich vor. Wir erleben die Situationen gar nicht selber, wir hören sie nur erzählen und können dabei die köstliche Mimik beobachten, mit der Albert Florath diesen Arnsiph von Stummheim ausstutzt. Dazu kommt der Liebreiz der unberührten Mädchenblume Agnes, den Rosemarie Kilian voll Anmut und Grazie uns zeigt und zudem glaubhaft verkörpert. So vergessen wir durchaus die Schwächen des Stückes und freuen uns nachdenklich des von Karl Lange und Wolfram Mühl so geschmackvoll eingerichteten Stückes, vor allem auch über das ausgezeichnete Bühnenbild, das als Hintergrund der Vorgänge auf der Bühne sehr ansprechend wirkte. Dr. W. O.

Neue Starhelden-Operette „Sei vorsichtig, Ragotte“ Die Kriegsgefangenen des Lagers Offenbach haben eine Operette herausgebracht. „Sei vorsichtig, Ragotte“ ist ihr Titel, Kurt Sibir ihr Textautor und Hajo Kelling ihr Komponist. Die Aufführung durch die

